

Die Europapolitik in der politikwissenschaftlichen Debatte

Wolfgang Wessels

Grundsatzentscheidungen zum Verfassungsvertrag und zur EU-Erweiterung sowie eine lebhaft integrationstheoretische Grundlagenforschung haben die (politik-)wissenschaftliche Debatte auch in 2003/2004 nachhaltig geprägt. Sie war damit erneut „politikgetrieben“ wie „wissenschaftlich induziert“ (Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 319f). Stärker als in vergangenen Jahren haben jedoch viele Autoren in ihren Arbeiten beide Perspektiven verknüpft – so etwa bei dem Versuch, mithilfe neuerer integrationstheoretischer Ansätze die Erweiterung der Union zu erklären (vgl. Lippert 2004: 15; Beiträge in: Wiener/Diez 2004).

Aus der Vielzahl von Beiträgen zur konstitutionellen Debatte, zu konventionellen Integrationstheorien und zu politikfeld- bzw. akteursbezogenen Studien (vgl. zu dieser Einteilung der Debattenlandschaft u.a. Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2004: 113) sind mehrere Angebote in der Diskussion, die für zukünftige Arbeiten als Orientierungsrahmen dienen könnten. Derartige Leitbegriffe sollen inhaltliche und methodische Ansätze für transnationale Netzwerke markieren, Schwerpunkte für Forschungsprogramme setzen und Leuchttürme für europaweite Diskurse – insbesondere auch in den politischen Bereich hinein – bilden.

Neben der ausführlichen Nutzung der Kategorien ‚Regieren‘ (governance) und ‚Europäisierung‘ (vgl. Börzel/Risse 2000; Featherstone/Radaelli 2003; Mittag/Wessels 2003) entwickelt sich zunehmend die Formel von der „Konstitutionalisierung“ (vgl. u.a. Stone Sweet 2003: 20; vgl. Bogdandy 2003; Bogdandy 2003b; Wiener/Diez 2004b; Hobe 2003; Wessels 2003) zu einer Schlüsselkategorie, die die Beschreibung und Bewertung aktueller politischer Entwicklungen mit vielfältigen Ansätzen der (politik-)wissenschaftlichen Theoriebildung verbindet.

Leitbegriff Konstitutionalisierung

Die Integrationswissenschaft (Rosamond 2000; Loth/Wessels 2001) ist ein Forschungsfeld, das durch eine nachhaltige Dynamik, aber auch durch eine unübersichtliche Vielfalt an produktiven Ansätzen geprägt ist (vgl. zu schematischen Übersichten Schmitter 2004: 48; Wiener/Diez 2004: 243).

Weiterführend zu bestehenden Übersichten (vgl. u.a. Schneider/Aspinwall 2001) sind zwei Sammelbände zu nennen (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003; Wiener/Diez 2004). Präsentiert werden drei „klassische Ansätze“ (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003: 11) bzw. „drei Phasen“ der Integrationstheorie (Wiener/Diez 2004: 6ff.), die das Mosaik an Ansätzen und Beiträgen ordnen sollen. Einer Einteilung in „explaining European integration“, „analysing European governance“ und „constructing the European Union“ (Wiener/Diez 2004) stellen Jachtenfuchs/Kohler-Koch eine Gliederung gegenüber, die jeweils „Demokratie und Partizipation“, „Politisches System“ und „Politik im Wandel“ thematisieren. Angesichts der politischen Entwicklung hin zu einem „Vertrag über einer Verfassung für Europa“ nicht ganz überraschend ist jedoch eine in vielen Arbeiten wiederholte Einschätzung: „constitution is no longer a taboo“ (Wiener/Diez 2004: 238).

Die Verfassungsdebatte wird sogar als ein „traditioneller Ansatz der EU-Forschung“ (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003: 13) gesehen. Dabei geht es um „eine konkrete Ausgestaltung einer EU-Verfassung, die eine legitime Ordnung ... zu schaffen vermag“, aber auch „um die Frage, wie die Verfasstheit der EU auf die Verfassungssysteme der Mitgliedstaaten zurückwirkt“ (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003: 13). Definiert wird dieser Begriff auch in einem breiten Verständnis: “Constitutional processes refer to the EU's ongoing effort to define the nature of the relationship between the post state polity and the member state.” (Hoffmann/Vergés Bausili 2003: 128). Diese Prozesse erfolgen nicht nur durch Änderungen der Verträge, sondern auch durch Rechtsprechung. Diesen Aspekt betont Stone Sweet, der die Konstitutionalisierung des Rom-Vertrags als „the diffusion of the Court's rulings ... within national legal orders“ versteht (Stone Sweet 2003: 20). Zu diesen Beobachtungen gehören auch Analysen zu entsprechenden Strategien der Kommission als ‚Hüterin der Verträge‘: “The Commission appears to be quite effective in bringing member states into compliance. Sooner or later member states obey European law“ (Börzel 2003: 218).

Der „constitutional turn“ (Wiener/Diez 2004: 238) lässt „Konstitutionalisierung“ zu einem „Leitbegriff“ (Wessels 2003: 23ff.) der weiteren Diskussion werden. Die enge Verknüpfung von analytischen und normativen Fragen zur europäischen Verfassungswirklichkeit und deren Finalität bildet dabei eine „ureigenste Kerndomäne der Politikwissenschaft“ (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003: 13).

Die Debatte um die Konstitutionalisierung ist notwendigerweise mit der Frage nach der Staatlichkeit der EU verknüpft. Wenn die moderne Politikwissenschaft den Staat als zentrales, ja unausweichliches Objekt ihrer Forschung und Lehre verstehen muss (vgl. u.a. Morris 2004: 195), dann ist ein regelmäßiger Bezug zwischen der Integrationskonstruktion und dem Phänomen „moderner Staat“ nicht nur unvermeidbar, sondern auch immer wieder Erkenntnis fördernd. Die Ähnlichkeit von EU und Staat gilt jedoch nur als begrenzt nützlich, da „die beiden zentralen Ressourcen moderner Staatlichkeit, das Gewalt- und Steuermonopol in der EU, weiterhin fest in mitgliedstaatlicher Hand sind“ (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003: 20).

Leitbegriff Regieren

Angesichts der Problematik, die Union in tradierten Schubladen zu bearbeiten, wird empfohlen, mit dem Begriff „Regieren im europäischen Mehrebenensystem“ (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003: 23ff.) zu arbeiten. Zu erörtern ist dann auch die Nützlichkeit der lange Zeit verpönten Vorstellung einer „Europäischen Regierungslehre“ (Chardon et al. 2003: 8), die dann in eine „Europäische Verfassungslehre“ münden könnte (vgl. u.a. Neyer 2004). Die Arbeit zu Entstehung, Entwicklung und Erklärung von Formen des Regierens in der EU wird in den nächsten Jahren innerhalb mehrerer EU-finanzierter Forschungsprojekte intensiviert werden (Connex 2004ff. und NewGov 2004ff.).

Mit Hilfe dieser Begrifflichkeit werden auch Angebote für die akademische Lehre entwickelt (Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004), die sowohl die „Transformation“ als auch die „normative Beurteilung europäischen Regierens“ (Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 23) zum Leitmotiv einer umfassenden Darstellung und Analyse der EU als politischem System vorschlagen.

Eine Renaissance föderalistischen Gedankenguts?

Mit der Diskussion um eine Verfassungsgebung wird auch verstärkt ein weiterer wesentlicher Strang integrationstheoretischen Gedankenguts aufgegriffen. Erneut erörtert und vertieft wird „the relevance of the federal idea to the building of Europe“ (Burgess 2004: 25) und noch programmatischer „the federal Future of Europe“ (Sidjanski 2000). Konkreter auf den Vertrag über eine Verfassung für Europa bezogen fragt Pinder: „The Constitutional Treaty – how federal?“ und erkennt das Potenzial für einen föderalen Kern Europas (Pinder 2004: 6f.). Einen Schwerpunkt der Diskussion bildet dabei die „constitutional method“ der föderalistischen Strategie Spinellis (Burgess 2004: 32). Im Unterschied zum funktionalistischen Konzept Monnets unterstreicht Burgess die Bedeutung zweier wesentlicher Ansatzpunkte des Föderalismus: die zentrale Rolle von Institutionen und die notwendige Unterstützung der breiten Öffentlichkeit (Burgess 2004: 41). Mit der Parole von Euroskeptikern gegen einen „federal super state“ (Blair 2004) ist zu erwarten, dass die Gedankenwelt des Föderalismus einen wesentlichen Teil in der Kontroverse um Grundkonzepte europäischer Integration bilden wird. „The power of language“ (Christiansen 2004) – nicht zuletzt mit Bezug auf föderalistische Annahmen und Aussagen – wird in den kommenden nationalen Ratifizierungsdebatten eine zentrale Rolle spielen.

Der Konvent: Methoden und Rollen

Der Konstitutionalisierungsprozess in Form des Verfassungskonvents ist bereits Gegenstand zeitgeschichtlicher Bearbeitung. Der deutsche Christdemokrat Brok, eine der „Schlüsselfiguren“ des Konvents (Norman 2003: 52), bewertet seine eigene Arbeit: „Der Konvent verdient aufgrund des demokratisch legitimierten und parlamentarisch geregelten Prozesses durchaus das Attribut ‚historisch‘. Was das Ergebnis angeht, wurde ein qualitativer Sprung gegenüber den bisherigen Verträgen erreicht“ (Brok 2003: 344). Konventsbeobachter aus ‚think tanks‘ geben einen ähnlichen Grundtenor wieder: „Der Konvent hat jedenfalls eine einmalige historische Leistung vollbracht, denn es ist den Vertretern von achtundzwanzig Staaten mit jahrhundertelanger kriegerischer Geschichte und nach einer historischen Phase, die einige von ihnen über ein halbes Jahrhundert von den anderen abgetrennt hatte, gelungen, einen gemeinsamen Vertragsentwurf über eine Europäische Verfassung vorzulegen“ (Göler/Jopp 2003: 44).

Als „Meilenstein“ (Ahern 2004; Loth 2002) der europäischen Konstruktion (Jachtenfuchs 2002) wird der „Vertrag über eine Verfassung für Europa“, so wie er vom „Europäischen Konvent“ vorgeschlagen (Europäischer Konvent 2003) und von dem Abschlussgipfel der Regierungskonferenz politisch verabschiedet wurde (IGC Brüssel 2004), zum Gegenstand auch der historischen Forschung und Einordnung. Zu diesem innovativen Prozess sind mehrere Veröffentlichungen anzuzeigen (Lamassoure 2004; Norman 2003; Giscard 2003), die hilfreiche Informationen und Analysen liefern. Der britische Journalist Norman zeichnet als enger Beobachter die Konventsarbeit nüchtern nach, aber er kann einen gewissen Grad an Bewunderung über den Prozess mit dem Ergebnis einer „accidental constitution“ nicht verhehlen. Unter einem vielleicht übertriebenen Titel „Histoire secrète de la Convention Européenne“ schreibt der französische Christdemokrat Lamassoure mit viel Herzblut seine Memoiren als Konventsmitglied. Besonders anregend sind die Berichte und Bewertungen um die Entwicklung der institutionellen Architektur mit dem provozierenden Vorschlag des Präsidenten Giscard zum Europäischen Rat im Mittelpunkt (Lamassoure 2004: 367ff.; Norman 2003: 224ff.) und um das „endgame“ mit einem

„Countdown to Consensus“ (Norman 2003: 274ff.) bzw. zur „grand débat“ über die „naissance d'un pouvoir européen“ (Lamassoure 2004: 388ff.).

Der Sozialdemokrat Hänsch, deutsches Mitglied des Konventspräsidiums, berichtet über „die strategische Rolle des Präsidiums“ (Hänsch 2003: 332). Angesichts der ‚Geheimberatungen‘ hinter verschlossenen Türen sind Informationen über Schlüsselentscheidungen des Präsidiums und Analysen des auf gegenseitigem Überzeugen beruhenden Konsensstils von besonderer Bedeutung. Die Untersuchung der internen Arbeitsweise des Konvents und insbesondere seine Fähigkeit zum Konsens (vgl. u.a. Göler/Marhold 2003: 320-323) muss so die jeweilige Rolle mehrerer Akteure und entsprechender Gruppierungen nachzeichnen. Dazu gehörte auch der „verkannte“ Einfluss der Kommission (Goulard 2003: 379), deren ungeschickte Taktik auf Kritik gestoßen war (Norman 2003: 161ff.). Auch die heikle Balance zwischen großen und kleinen Staaten wird näher zu untersuchen sein: „das wichtigste niederländische Anliegen in der Debatte um die Institutionen war der Erhalt des institutionellen Gleichgewichts. ... Jedoch konnten wir ... den Trend zu einer ‚imperialen‘ Präsidentschaft stoppen. Am Ende stimmte der Konvent darin überein, dass alle Institutionen gestärkt werden“ (de Vries 2003: 394).

Gegenüber diesen Beiträgen von unmittelbar Beteiligten oder begleitenden Beobachtern nutzen politikwissenschaftliche Arbeiten die umfassende Dokumentation der Konventsarbeiten, um Theorien deliberativer Demokratie und Methoden der Diskursanalyse zu testen (vgl. u.a. Maurer 2003, Göler/Marhold 2003).

Zu diskutieren wird sein, welchen Unterschied das Verfahren für den Verfassungstext als Produkt gemacht hat: „the convention method has the potential to undermine the inter-governmental control of treaty reform processes and the primacy of the IGC... on a wide range of areas.“ (Hoffmann/Vergés Bausili 2003: 145). Diese Einschätzung ist nach dem im Juni 2004 abgeschlossenen Verfahren der Regierungskonferenz und nach den Ratifizierungsverfahren in den Mitgliedstaaten erneut zu erörtern. Es wird damit näher zu untersuchen sein, welche Rolle der Konvent gespielt hat. War er eine verfassungsgebende Versammlung oder eine vorgeschaltete Regierungskonferenz? Oder muss er vielmehr als deliberatives Forum verstanden werden (vgl. Reh/Wessels 2002)? In diesem Spannungsfeld zwischen „deliberation“ und „bargaining“ wird ein „verstärktes Platzgreifen von intergouvernementalem Bargaining gegen Ende der Konventsarbeit“ (Göler/Jopp 2003: 38) beobachtet. Die „Selbsterfindung des Konvents“ macht jedoch „alle Vergleiche mit dem Konvent von Philadelphia, dem der Französischen Revolution oder dem Herrenchiemsee-konvent ... historisch haltlos“ (Hänsch 2003: 331).

Die Debatte um eine Verfassung öffnet die Tür zu weiteren Forschungsräumen. So weist der Sozialhistoriker Kaelble nachdrücklich auf Wechselwirkungen zwischen möglichen Formen einer europäischen Zivilgesellschaft und einer Verfassung hin (Kaelble 2004: 267). Aufgrund eines historischen Nachzeichnens mehrerer Epochen seit den 1950er Jahren identifiziert er entsprechende Besonderheiten auf der europäischen Ebene (Kaelble 2004: 278ff.): Im Unterschied zu nationalen Zivilgesellschaften wird diese aufgrund andersartiger Formen von Öffentlichkeit und Mobilisierungsmöglichkeiten als „stillere Zivilgesellschaft“ (Kaelble 2004: 279) gekennzeichnet, die „erheblich dezentraler und multipolarer“ (Kaelble 2004: 281) ist.

Grundfragen zum Verfassungsvertrag

Der Verfassungsvertrag hat eine weitere Konjunktur bei den langjährigen Grundlagendiskursen über „Leitbilder“ (vgl. weiterhin grundlegend Schneider 1998), „Verfassungsideen“ (vgl. Jachtenfuchs 2002) und „Grundkonzepte“ (vgl. Müller-Graff 2003: 302) für

die europäische Integrationskonstruktion ausgelöst. Wie in der jahrzehntelangen Debatte über Charakteristika und Finalität der europäischen Integrationskonstruktion üblich, stellen sowohl beteiligte Akteure als auch beobachtende Analytiker den Verfassungsvertrag in das Spannungsfeld zwischen „intergouvernementaler“ und „supranationaler“ oder auch „föderaler Ausrichtung“ der EU (vgl. u.a. Mayer 2003: 407; Wessels 2003: 295). Betont wird – in leicht abweichenden Variationen – „die Kombination aus Supranationalität und Intergouvernementalität“ und die „doppelköpfige Wesensnatur“ der neuen Union (Müller-Graff 2003: 304f.; zur Doppelnatur vgl. auch Peters 2001: 243ff.). Insgesamt unterscheidet sich „das Grundkonzept des Verfassungsentwurfs im Kern nicht vom gegenwärtigen Konzept als zielgebundenes transnationales Gemeinwesen eigener Art mit föderationsartigen Zügen“ (vgl. Müller-Graff 2003: 302). Ähnlich wird auf die Kontinuität des Verfassungsdokuments verwiesen: Der Konventsentwurf stellt keinen „revolutionären Bruch mit der bisherigen Ordnung“ dar; statt um „Verfassungsgebung“ handelt es sich demnach um „Verfassungsverbesserung“ (Mayer 2003: 410).

Zu dieser Suche nach eingängigen Bezeichnungen zählt auch die Debatte über ‚das institutionelle Gleichgewicht‘ innerhalb der EU-Architektur. Auch wenn viele Beteiligte diesen Begriff häufig als Abwehrparole zur Tabuisierung von unangenehmen Reformvorschlägen nutzen (vgl. Nickel 2003: 508), wird er in der Charakterisierung der institutionellen Architektur des Verfassungsvertrags regelmäßig angewandt, wobei der Begriff in einem engeren Sinne nur auf die interinstitutionellen Beziehungen und in einem weiteren auch auf das Verhältnis von größeren zu kleineren Staaten (vgl. u.a. Hänsch 2003: 335) bezogen wird. Die Spannweite der Einschätzung ist erwartungsgemäß breit: Sie reicht von der „Wiederherstellung des institutionellen Gleichgewichts“ (Hänsch 2003: 335) über eine „veränderte, jedoch nicht gestörte institutionelle Balance“ (de Vries 2003: 394) bis zu einem „neuen institutionellen Gleichgewicht“ (Nickel 2003: 508).

Schlüsselfragen des Konventsentwurfs

Vor dem Hintergrund grundsätzlicher Richtungsdebatten werden vertiefte Diskussionen zu zentralen Gestaltungsfragen des Verfassungsvertrags deutlich.¹ Dazu zählen:

- die vertikale Kompetenzordnung: Wenn „eine föderale Verfassung in der Kompetenzordnung ihre Mitte (findet)“ (Bogdandy et al. 2003: 414), dann ist festzustellen, dass der Verfassungsvertragsentwurf tendenziell nicht dem „amerikanischen Trennungsmodell, sondern dem deutschen Verflechtungsmodell“ folgt. Entsprechend ist zukünftig aus der „Perspektive eines Verfassungsverbunds und weniger aus derjenigen der Trennung der Rechtsordnungen“ (Bogdandy et al. 2003: 416) zu argumentieren.
- Transparenz bei Handlungsformen und Verfahren: „Der Verfassungsvertrag bringt Licht in das Dickicht der Handlungsformen des EU-Rechts. Gleichwohl bleibt die ‚Durchleuchtungsstärke‘ für die Leser und Anwender des Vertrags begrenzt“ (Maurer 2003b: 451).
- Auseinandersetzungen um die Rolle und Änderungen spezifischer Organe: Besondere Aufmerksamkeit findet der Europäische Rat (Brok 2003: 341; Lamassoure 2004: 369ff; Norman 2003: 137ff.; Schoutheete 2003). Seine Nennung als ein Organ der

¹ Bezug genommen wird hier auf die Beiträge zum Konventsentwurf (Europäischer Konvent 2003), die in der Regel auch für die Diskussion der von der Regierungskonferenz erarbeiteten und vom Abschlussgipfel verabschiedeten Fassung (IGC Brüssel 2004) nützlich sind (vgl. bereits Müller-Graff 2004, Wessels 2004; Federal Trust 2004).

Union bezeichnet der belgische Chefdiplomat als „Anerkennung der politischen Realitäten“. Als Motor eines „stärker integrierten, viel mehr supranationalen Ganzen“ war „der Europäische Rat weder rein intergouvernemental noch gänzlich supranational, jedoch in jeder Sicht zentral“ (Schoutheete 2003: 473). In der heftig umstrittenen Einrichtung eines hauptamtlichen Vorsitizes sieht Brok ein „überflüssiges Amt“ (Brok 2003: 341); andere sagen eine „Dauerkonkurrenz zweier Präsidenten“ (Schild 2003: 497) voraus, die bei der Personalisierung und Politisierung zu erheblichen interinstitutionellen Spannungen führen könnte (Schoutheete 2003: 479, Wessels 2003: 295). Besonders umstritten sind die Erweiterungen der Anwendung und die Bedingungen für die qualifizierte Mehrheit im Rat (Maurer 2003b: 445; Maurer/Matl 2003: 490; Wessels 2003: 286ff.), während die Ausweitung der Funktionen des EP als „Gesetzgeber“ und als „Träger und Kontrolleur der Exekutive“ hin zu einem „gleichgewichtigen und gleichberechtigten Mitgesetzgeber“ (Nickel 2003: 501ff., 505ff. und 508) weitgehend nur konstatiert wird. Auch die „moderaten Neuerungen“ zum Europäischen Gerichtshof werden wenig kontrovers diskutiert (Läufer 2003: 510ff.). Umstritten sind dagegen die Reformen der Kommission; insbesondere die Vorschläge zur Zusammensetzung werden unterschiedlich gewertet (Schild 2003: 493f. und 499).

- Die Regelwerke zu zentralen Politikfeldern: Zur Finanzverfassung stellt die „dreistufige Normenhierarchie“ einen „großen Fortschritt mit Blick auf Transparenz, Handlungsfähigkeit und Vereinfachung der Verfahren und Demokratisierung dar“ (Hartwig 2003: 522f. und 524f.). Dagegen gilt der Versuch, im Bereich der Wirtschaftsordnungspolitik „die komplizierte Materie der bestehenden Vertragsregeln in einen kohärenten und transparenten Gesamtentwurf zu vereinen“ als wenig gelungen (Thiel 2003: 533f.). Bei zentralen Fragen der Innen- und Justizpolitik wird eine gemischte Bewertung vorgelegt: „Das Integrationsprojekt des Raums für Freiheit, Sicherheit und Recht wird durch die Reformen des Konventsentwurfs eindeutig weiterentwickelt“; jedoch sind auch die „Schattenseiten ... überdeutlich: Der einheitliche Rahmen wird durch abweichende institutionelle Bestimmungen teilweise durchbrochen, die neuen Bestimmungen zur Zuständigkeit enthalten neue Spannungslinien und das Solidaritätsprinzip wurde nicht auf alle Bereiche erweitert“ (Monar 2003: 548). Im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik lässt der Konventsentwurf „trotz restriktiver Beschlussfassungsmodi eine gewisse Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Union aufgrund institutioneller Vorkehrungen erwarten“ (Jopp/Regelsberger 2003: 562). Analysiert wird auch: „Graduelle Fortschritte auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik sind ... nicht zu übersehen“, aber „die beste Verfassung kann nicht verhindern, dass die Mitgliedstaaten in der Sicherheitspolitik unterschiedliche Präferenzen entwickeln“ (Risse 2003: 572 und 573).
- Formen flexibler Integration: Der Verfassungsvertrag bietet eine ganze Reihe weiter entwickelter und neuer Differenzierungsinstrumente, deren Nutzung künftig von der „Handlungsfähigkeit und Effizienz einer Union mit 25 Mitgliedstaaten“ abhängig ist (Emmanouilidis/Giering 2003: 465f.). Besondere Aufmerksamkeit fanden „neue Formen der Flexibilität“ in der europäischen Verteidigungspolitik (Jopp/Regelsberger 2003: 552ff.). Über die Anwendung in spezifischen Fällen hinaus ermöglichen diese Regelwerke eine „weitere Ausdifferenzierung des heute schon vielschichtigen Europas. ... Die Staaten, die sich an ... allen Kernen als Vollmitglieder beteiligen, werden dann

- de facto das Gravitationszentrum der europäischen Integration bilden“ (Emmanouilidis/Giering 2003: 466).
- Die Rolle nationaler Parlamente (vgl. Maurer/Becker 2004): Zu erörtern ist insbesondere die Sinnhaftigkeit der Beteiligung von 36 Kammern mit einer Gesamtzahl von 8250 Parlamentariern (Meyer/Hölscheidt 2003: 345) und die Organisationsfähigkeit nationaler Parlamente: Aus der Sicht des Vertreters des Bundestags im Konvent lautet eine operative Schlussfolgerung: „Das neue Verfahren zur Subsidiaritätsprüfung kann der Bundestag nur dann effektiv wahrnehmen, wenn er sich den dort genannten knappen Fristen anpasst“ (Meyer/Hölscheidt 2003: 348).
 - Die Auswirkungen auf die deutschen Länder und ihre Rolle: Sie „bleiben im Konstitutionalisierungsprozess der Europäischen Union ... engagierte Mitspieler. Die Konventsmethode hat sicherlich dazu beigetragen, dass spezifische ihrer Anliegen ... besser verstanden und gewürdigt werden“ (Hrbek 2003: 368).

Zur Erweiterung: epochale Bedeutung und politisch-bürokratische Routine

Intensiv aufgearbeitet und analysiert wurde auch die EU-Erweiterungspolitik (vgl. zu einem hilfreichen Überblick Wagner 2004). Lippert konstatiert einen „glanzlosen Arbeitserfolg von epochaler Bedeutung“ bzw. „Spannungen zwischen den Polen politisch-bürokratischer Routine einerseits und strategisch-innovativen Handelns andererseits“ (Lippert 2004: 13). Als Erklärungsansätze für diese zunächst seltsam wirkende Gleichzeitigkeit beider Aspekte der Erweiterungspolitik werden unterschiedliche Interaktionsstile genannt: „zu dem traditionellen ‚bargaining‘, das die Gipfeltreffen und beispielsweise ‚das Endspiel‘ der Verhandlungen dominierte, tritt das kommunikative Handeln, das auf Überzeugen und damit Positionsänderungen von Akteuren setzt.“ (Lippert 2004: 20); noch deutlicher formuliert Schimmelpfennig: „As a result of this argumentative interaction, the enlargement sceptics were shamed into acquiescing to eastern enlargement as the legitimate policy“ (Schimmelpfennig 2004: 91). Nachdrücklich wird die Strategie der Kommission herausgearbeitet: „(ihr) Ansatz erschien als technisch und depolitisiert, so dass große Debatten über Kosten und Nutzen oder gar Alternativen zur Erweiterung zu Gunsten eines Inkrementalismus umgangen werden konnten“ (Lippert 2004: 27). In der Debatte um eine türkische Mitgliedschaft ist ein ähnliches Vorgehen zu beobachten.

Mit dem Beitritt wird die Diskussion um die Folgen und Konsequenzen der Erweiterung aber nicht abgeschlossen, sondern in vielen Bereichen erst eröffnet; viele Beiträge zu diesem Rahmenbereich verknüpfen die nun anstehenden Fragestellungen mit Diskussionen über den Verfassungsvertrag (vgl. u.a. Maurer 2004: 118ff.). Sammelbände (osteuroropa 2004; Lippert 2004) weisen auf ein breites Spektrum; einerseits werden Probleme und Aufgaben für engere EG-Politikfelder bearbeitet: Dazu gehören die „Fitness“ der institutionellen Architektur (Jopp/Matl 2004: 139ff.), budgetäre Kosten und Nutzen (Weise 2004: 177ff.; Guz-Vetter 2004: 347ff.) sowie die Folgen sowohl für die Innen- und Justizpolitik der EU (Monar 2004: 221ff.; Knelangen 2004: 430ff.) als auch für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (Jopp/Lippert/Regelsberger 2004: 241ff.; Lang 2004: 443ff.). Andererseits werden aber auch Themen im Hinblick auf „Europas politische Gesellschaft“ aufgegriffen, so etwa zur Zivilgesellschaft für Europa (Linden 2004: 216ff.): „Das wird eine außerordentliche wichtige, noch viel zu wenige beachtete Frage nach der Aufnahme der neuen ostmitteleuropäischen Mitglieder sein, die eine andere Tradition der

Zivilgesellschaft haben als die alten Mitglieder. Es liegt viel daran, dass sie eine Stimme in der europäischen Zivilgesellschaft bekommen“ (Kaelble 2004: 281).

Geschichte und ihre ‚Lehren‘

Zunehmend wenden sich auch Historiker der „Europäischen Einigung“ (Brunn 2002) bzw. der „Einigung Europas“ (Knipping 2004) zu. Wie auch ein Werk aus amerikanischer Feder (Dinan 2004) sind diese Gesamtdarstellungen im Erzählstil auf die Pläne und die Rolle führender Persönlichkeiten und zentraler „europapolitischer Weichenstellungen“ (Loth 2004: 474) fokussiert. Interessant sind die jeweiligen Einstiege, die als Ausgangspunkte der weiteren Betrachtung dienen, und die Bilanz der historischen Entwicklung. Knippings Wahl fällt auf den Tag der Unterzeichnung der Römischen Verträge: „Die am 25. März in Rom endgültig auf den Weg gebrachte Europäische Integration ist zu den positivsten und konstruktivsten Entwicklungen zu rechnen, die das an Gewalttätigkeiten überreiche 20. Jahrhundert hervorgebracht hat (Knipping 2004: 17f.). Seine Bilanz ist ausgesprochen positiv: „Die hochgesteckten Erwartungen der Gründungsväter wurden insgesamt erreicht, ja übertroffen“ (Knipping 2004: 324). Seinen ‚Prolog‘ beginnt Brunn mit der Züricher Rede Churchills aus dem Jahr 1946. Seine Schlussfolgerungen zielen auf Wechselwirkungen mit den Entwicklungen der europäischen Nationalstaaten: „Indem ‚Europa‘ die Nationalstaaten von den Aufgaben entlastet, mit deren Lösung sie allein überfordert wären, stärkt es die Leistungsfähigkeit bei der Bewältigung der restlichen Aufgaben“ (Brunn 2002: 308). Die Werke stellen sich anspruchsvolle Aufgaben: „die Leitthese der Darstellung ist, dass dem Integrationsprozess langfristige historische Trends zugrunde liegen, dass er durch kollektive strategische Entscheidungen in Gang gesetzt und in seinen aufeinander folgenden Phasen vorangetrieben worden ist“ (Brunn 2002: 16; vgl. auch Knipping 2004: 16f.).

Bei dieser historischen Analyse rückt eine Epoche in den Vordergrund, die aufgrund eines angenommenen „integrationspolitischen Stillstands“ (Mittag/Wessels 2004: 3) zu dem „finsteren Mittelalter (dark ages)“ europäischer Integrationspolitik (Keohane/Hoffmann 1991: 8) gezählt wird: das „Europa der zweiten Generation“ (Knipping/Schönwald 2004), das mit den Gipfelkonferenzen von Den Haag 1969 und Paris 1972 Meilensteine zu weittragenden Folgebeschlüssen setzte (vgl. zu einem „Stammbaum“ Mittag/Wessels 2004: 5). Gegenstand unterschiedlicher Interpretation ist bereits der Gipfel von Den Haag: historische Forschungen halten ihn sowohl für überschätzt als auch für einen Fehlschlag, aber auch für einen nur langfristigen oder einen nur kurzfristigen Erfolg (van der Harst 2003: 5ff.). Durchleuchtet wird auch die Entwicklung zentraler Aktionsbereiche, die in den achtziger und neunziger Jahren weiterentwickelt wurden: so die Ursprünge der EPZ (Küsters 2004; Pfetsch 2004) und der Pläne zur WWU (Thiemeyer 2004; Wilkens 2004). Tömmel arbeitet an drei Politikfeldern heraus, dass die „Jahre 1970 – 1984 entscheidend waren für die Herausbildung neuer Formen, Muster und Verfahrenweisen der politischen Steuerung im EG-System“ (Tömmel 2004: 270). Lehren werden auch im Hinblick auf die erste Süderweiterung um Griechenland gezogen: Auch wenn sich daraus kein „Rezeptbuch“ entwickeln lässt, so „können doch einige Erfahrungen verallgemeinert werden“ in Bezug auf die Feststellung, „die Beschäftigung mit Griechenland vor 1981 [habe sich] zu sehr auf wirtschaftliche Fragen konzentriert“ (Axt 2004: 402). Die große europäische Debatte setzt sich so mit vielen Detail- wie Grundlagenbeiträgen fort. Langeweile ist nicht festzustellen.

Weiterführende Literatur

- Ahern, Bertie (2004): Statement of the Taoiseach, Mr Bertie Ahern TD to the Dáil on the outcome of the European Council and the Intergovernmental Conference held on 17-18 June, 2004, in Brussels, Wednesday, 30th June 2004, Brüssel, <http://www.eu2004.ie/>
- Axt, Heinz-Jürgen (2004): Überwindung der „doppelten nationalen Spaltung“. Griechenlands EG-Beitritt, seine Voraussetzungen und Folgen, in: Knipping, Franz/Schönwald, Matthias (Hrsg.): Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969-1984, Europäische und Internationale Studien 3, Trier, S. 377-404.
- Blair, Tony (2004): Primeminister Blair's Statement to Parliament on the EU Constitution Treaty, June, 21st 2004, in: The United Kingdom Parliament, <http://www.publications.parliament.uk/>
- Bogdandy, Armin von (Hrsg.) (2003): Europäisches Verfassungsrecht, Heidelberg/Berlin 2003.
- Bogdandy, Armin von (2003b): Europäische und nationale Identität: Integration durch Verfassungsrecht? in: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer (VVDStRL) 62, Berlin 2003, S. 156-219.
- Bogdandy, Armin von/Bast, Jürgen/Westphal, Dietrich (2003): Die vertikale Kompetenzordnung im Entwurf des Verfassungsvertrages, in: *integration* 4/03, S. 414-427.
- Börzel, Tanja (2003): Guarding the Treaty: The Compliance Strategies of the European Commission, in: Börzel, Tanja/Cichowski, Rachel A. (Hrsg.): The State of The European Union – Law, Politics, and Society, Vol. 6, Oxford 2003, S. 197-220.
- Börzel, Tanja A./Risse, Thomas (2000): When Europe Hits Home: Europeanization and Domestic Change, in: *EloP*, Vol. 4 (2000), S. 1-23, <http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-015a.htm>.
- Bräuninger, Thomas/Cornelius, Tanja/König, Thomas/Schuster, Thomas (2001): The dynamics of European integration: a constitutional analysis of the Amsterdam Treaty, in: Schneider, Gerald/Aspinwall, Mark: The rules of integration. Institutional approaches to the study of Europe, Manchester/New York 2001, S. 46-68.
- Brok, Elmar (2003): Der Konvent – eine Chance für die europäische Verfassung, in: *integration* 4/03, S. 338-344.
- Brunn, Gerhard (2002): Die Europäische Einigung. Von 1945 bis heute, Ditzingen.
- Burgess, Michael (2004): Federalism, in: Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hrsg.): Theories of European Integration: Past, Present and Future, Oxford 2004, S. 25-43.
- Chardon, Matthias/Göth, Ursula/Große Hüttmann, Martin/Probst-Dobler, Christine (Hrsg.) (2003): Regieren unter neuen Herausforderungen: Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert. Festschrift für Rudolf Hrbek zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 2003.
- Christiansen, Thomas/Falkner, Gerda/Jorgensen, Knut Erik (2002): Theorizing EU treaty reform: beyond diplomacy and bargaining, in: Falkner, Gerda/Richardsen, Jeremy (Hrsg.): Journal of European Public Policy, Special Issue: EU Treaty Reform as a Three-Level Process: Historical Institutional Perspective, Oxford, S. 12-33.
- Christiansen, Thomas: Constitutionalising the European Union (2004): The Power of Language, in: The Federal Trust for education and research EU Constitution Project Newsletter, www.fedtrust.co.uk, 2004, S. 7-8.
- CONNEX – The Network of Excellence on Efficient and Democratic Governance in a Multi-level Europe (2004), <http://www.mzes.uni-mannheim.de/projekte/connex/homepage.html>.
- de Vries, Gijs (2003): Eine heikle Balance – Der Konvent aus Sicht eines kleinen Mitgliedstaats, in: *integration* 4/03, S. 390-397.
- Dinan, Desmond (2004): Reconstituting Europe, in: Green Cowles, Maria/Dinan, Desmond (Hrsg.): Developments in the European Union 2, New York, S. 25-46.
- Emmanouilidis, Janis A./Giering, Claus (2003): In Vielfalt geeint – Elemente der Differenzierung im Verfassungsentwurf, in: *integration* 4/03, S. 454-467.
- Europäischer Konvent (2003): Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa; abrufbar unter <http://european-convention.eu.int/docs/Treaty/cv00850.de03.pdf>.
- Featherstone, Kevin/Radaelli, Claudio M. (2003): The Politics of Europeanization, Oxford 2003.
- The Federal Trust for education and research EU Constitution Project Newsletter (2004), www.fedtrust.co.uk.
- Fischer, Joschka (2000): Vom Staatenbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration, Rede am 12. Mai 2000 in der Humboldt-Universität Berlin, <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/reden/2000/r000512a.pdf>.

- Gaus, Gerald F./Kukathas, Chandran (Hrsg.) (2004): *Handbook of Political Theory*, London.
- Giscard d'Estaing, Valéry (2003): *La constitution pour l'Europe*, Paris.
- Göler, Daniel/Jopp, Mathias (2003): Der Konvent und die europäische Verfassung, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang: *Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003*, Berlin 2003, S. 35-46.
- Göler, Daniel/Marhold, Hartmut (2003): Die Konventsmethode, in: *integration 4/03*, S. 317-330.
- Goulard, Sylvie (2003): Die Rolle der Kommission im Konvent: Eine Gratwanderung, in: *integration 4/03*, S. 371-382.
- Green Cowles, Maria/Dinan, Desmond (Hrsg.) (2004): *Developments in the European Union 2*, New York.
- Guz-Vetter, Marzenna (2004): Schwieriges Geld aus Brüssel. Polen und die Strukturkredite der EU, in: *osteuropa*, 54. Jg./Heft 5-6/Mai-Juni 2004: Die Einigung Europas – Zugkraft und Kraftakt, Berlin, S. 347-359.
- Hänsch, Klaus (2003): Der Konvent – unkonventionell, in: *integration 4/03*, S. 331-337.
- Hartwig, Ines (2003): Eine neue Finanzverfassung für die Europäische Union, in: *integration 4/03*, S. 520-526.
- Hobe, Stephan (2003): Bedingungen, Verfahren und Chancen europäischer Verfassungsgebung: Zur Arbeit des Brüsseler Verfassungskonvents, in: *Europarecht 38*, Bd. 1/2003, S. 1-16.
- Hoffmann, Lars/Vergés Bausili, Anna (2003): The Reform of Treaty Revision Procedures: The European Convention on the Future of Europe, in: Börzel, Tanja/Cichowski, Rachel A. (Hrsg.): *The State of the European Union – Law, Politics, and Society*, Vol. 6, Oxford, S. 127-146.
- Hrbek, Rudolf (2003): Die deutschen Länder und der Verfassungsentwurf des Konvents, in: *integration 4/03*, S. 357-370.
- IGC Brüssel (2004): Vertrag über eine Verfassung für Europa, Dokument CIG 87/04, <http://ue.eu.int/igcpdf/de/04/cg00/cg00087.de04.pdf>.
- Jachtenfuchs, Markus (2002): Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung, Baden-Baden.
- Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (2003): *Europäische Integration*, 2. Auflage, Opladen.
- Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (2004): Governance and Institutional Development, in: Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hrsg.): *European Integration Theory*, Oxford, S. 97-116.
- Jopp, Mathias/Lippert, Barbara/Regelsberger, Elfriede (2004): Europäische Außen- und Sicherheitspolitik nach der Erweiterung – politische und institutionelle Herausforderungen und Lösungsansätze, in: Lippert, Barbara (Hrsg.): *Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung*, Berlin, S. 73-110.
- Jopp, Mathias/Regelsberger, Elfriede (2003): GASP und ESVP im Verfassungsvertrag – eine neue Angebotsvielfalt mit Chancen und Mängeln, in: *integration 4/03*, S. 550-563.
- Kaelble, Hartmut (2004): Gibt es eine europäische Zivilgesellschaft? in: Gosewinkel, Dieter/Rucht, Dieter/van den Daele, Wolfgang/Kocka, Jürgen (Hrsg.), *Zivilgesellschaft – national und transnational*, WZB-Jahrbuch 2003, Berlin 2004, S. 267-284.
- Keohane, Robert O./Hoffmann, Stanley (Hrsg.) (1991): *The New European Community. Decision making and Institutional Change*, Boulder/San Francisco/Oxford.
- Knelangen, Wilhelm (2004): Freiheit, Sicherheit und Recht. Erweiterte Innen- und Justizpolitik, in: *osteuropa*, 54. Jg./Heft 5-6/Mai-Juni 2004: Die Einigung Europas – Zugkraft und Kraftakt, Berlin, S. 430-442.
- Knipping, Franz (2004): Rom, 25. März 1957 – Die Einigung Europas, München.
- Knipping, Franz/Schönwald, Matthias (Hrsg.) (2004): Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969-1984, *Europäische und Internationale Studien 3*, Trier.
- Kohler-Koch, Beate/Conzelmann, Thomas/Knodt, Michèle (2004): *Europäische Integration – Europäisches Regieren*, Wiesbaden 2004.
- Küsters, Hanns Jürgen (2004) : Die Entstehung und Entwicklung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit aus deutscher Perspektive, in: Knipping, Franz/Schönwald, Matthias (Hrsg.): *Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969-1984*, *Europäische und Internationale Studien 3*, Trier, S. 131-149.
- Lamassoure, Alain (2004): *Histoire Secrète de la Convention Européenne*, Paris 2004.
- Lang, Kai-Olaf (2004): Störenfriede oder Ideengeber? Die Neuen in der GASP, in: *osteuropa*, 54. Jg./Heft 5-6/Mai-Juni 2004: Die Einigung Europas – Zugkraft und Kraftakt, Berlin, S. 443-459.
- Läufer, Thomas (2003): Der Europäische Gerichtshof – moderate Neuerungen des Verfassungsentwurfs, in: *integration 4/03*, S. 510-519.

- Laursen, Finn (Hrsg.) (2002): *The Amsterdam Treaty. National Preference Formation, Interstate Bargaining and Outcome*, Odense.
- Linden, Christoph (2004): Europäische Bewegung. Zivilgesellschaft für Europa, in: *osteuropa*, 54. Jg./Heft 5-6/Mai-Juni 2004: Die Einigung Europas – Zugkraft und Kraftakt, Berlin S. 216-222.
- Lippert, Barbara (2004): Glanzloser Arbeitserfolg von epochaler Bedeutung: eine Bilanz der Erweiterungspolitik 1989-2004, in: dies. (Hrsg.): *Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung*, Berlin, S. 13-71.
- Loth, Wilfried (2002): Entwürfe einer europäischen Verfassung. Eine historische Bilanz, Analysen zur Europäischen Politik, Institut für Europäische Politik und ASKO Europa-Stiftung, Bonn.
- Loth, Wilfried (2004): Deutsche Europapolitik von Helmut Schmidt bis Helmut Kohl, in: Knipping, Franz/Schönwald, Matthias (Hrsg.): *Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969-1984, Europäische und Internationale Studien 3*, Trier.
- Loth, Wilfried/Wessels, Wolfgang (2001): Auf dem Weg zur Integrationswissenschaft, in: dies. (Hrsg.): *Theorien europäischer Integration*, Opladen, S. 7-15.
- Maurer, Andreas (2003): Die Methode des Konvents – ein Modell deliberativer Demokratie?, in: *integration* 2/03, S. 130-140.
- Maurer, Andreas (2003b): Orientierungen im Verfahrensdickicht? Die neue Normenhierarchie der Europäischen Union, in: *integration* 4/03, S. 440-453.
- Maurer, Andreas (2004): Agenda-Taking statt Agenda-Setting. Die Neuen im Verfassungskonvent, in: *osteuropa*, 54. Jg./Heft 5-6/Mai-Juni 2004: Die Einigung Europas – Zugkraft und Kraftakt, Berlin, S. 118-135.
- Maurer, Andreas/Becker, Peter (2004): Die Europafähigkeit nationaler Parlamente – Herausforderungen des EU-Verfassungsvertrags für den deutschen Parlamentarismus, Berlin.
- Maurer, Andreas/Matl, Saskia (2003): Steuerbarkeit und Handlungsfähigkeit: Die Reform des Ratssystems, in: *integration* 4/03, S. 483-492.
- Mayer, Franc C. (2003): Verfassungsstruktur und Verfassungskohärenz – Merkmale eines europäischen Verfassungsrechts?, in: *integration* 4/03, S. 398-413.
- Meyer, Jürgen/Hölscheidt, Sven (2003): Die Europäische Verfassung aus Sicht des Deutschen Bundestags, in: *integration* 4/03, S. 345-350.
- Mittag, Jürgen/Wessels, Wolfgang (2003): The ‚One‘ and the ‚Fifteen‘? The Member States between procedural adaptation and structural revolution, in: Wessels, Wolfgang/Maurer, Andreas/Mittag, Jürgen (Hrsg.): *Fifteen into one? The European Union and its member states*, Manchester/New York, S. 413-454.
- Mittag, Jürgen/Wessels, Wolfgang (2004): Die Gipfelkonferenzen von Den Haag (1969) und Paris (1972): Meilensteine für Entwicklungstrends der Europäischen Union?, in: Knipping, Franz/Schönwald, Matthias (Hrsg.): *Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969-1984*, Trier, S. 3-27.
- Monar, Jörg (2003): Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Verfassungsentwurf des Konvents, in: *integration* 4/03, S. 536-549.
- Monar, Jörg (2004): Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der erweiterten Union, in: Lippert, Barbara (Hrsg.): *Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung*, Berlin, S. 221-240.
- Morris, Christopher W. (2004): The Modern State, in: Gaus, Gerald F./Kukathas, Chandran (Hrsg.): *Handbook of Political Theory*, London, S. 195-209.
- Müller-Graff, Peter-Christian (2003): Systemrationalität in Kontinuität und Änderung eines europäischen Verfassungsvertrags, in: *integration* 4/03, S. 301-316.
- Müller-Graff, Peter-Christian (2004): Strukturmerkmale des neuen Verfassungsvertrages für Europa im Entwicklungsgang des Primärrechts, in: *integration* 3/04, i.E.
- NewGov – New Modes of Governance (2004), <http://www.eu-newgov.org>.
- Neyer, Jürgen (2004): Postnationale politische Herrschaft – Vergesellschaftung und Verrechtlichung jenseits des Staates, Baden-Baden.
- Nickel, Dietmar (2003): Das Europäische Parlament als Legislativorgan – zum neuen institutionellen Design nach der Europäischen Verfassung, in: *integration* 4/03, S. 501-509.
- Norman, Peter (2003): *The Accidental Constitution. The Story of the European Convention*, Brüssel.
- osteuropa* (2004), 54. Jg./Heft 5-6/Mai-Juni 2004: Die Einigung Europas – Zugkraft und Kraftakt, Berlin.
- Peters, Anne (2001): *Elemente einer Theorie der Verfassung Europas*, Berlin.

- Pfetsch, Frank R. (2004): Die Entwicklung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit. Zwischen Identität und Handlungsfähigkeit, in: Knipping, Franz/Schönwald, Matthias (Hrsg.): Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969-1984, Trier, S. 115-130.
- Pinder, John (2000): The Constitutional Treaty: how federal?, in: The Federal Trust: EU Constitution Project, Newsletter, S. 6-7.
- Reh, Christine/Wessels, Wolfgang (2002): Towards an Innovative Mode of Treaty Reform? Three Sets of Expectations for the Convention, in: Collegium, Nr. 24, S. 17-42.
- Risse, Thomas (2003): Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außenpolitik? Der Verfassungsvertragsentwurf und die europäische Außen- und Sicherheitspolitik, in: *integration* 4/03, S. 564-575.
- Rosamond, Ben (2000): Theories of European Integration, Houndmills.
- Schild, Joachim (2003): Die Reformen der Kommission: Vorschläge des Konvents, in *integration* 4/03, S. 493-500.
- Schimmelpennig, Frank (2004): Liberal Intergovernmentalism, in: Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hrsg.): *European Integration Theory*, Oxford, S. 75-94.
- Schmitter, Philippe C. (2004): Neo-Functionalism, in: Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hrsg.): *Theories of European Integration: Past, Present and Future*, Oxford, S. 45-74.
- Schneider, Gerald/Aspinwall, Mark (2001): *The rules of integration, Institutional approaches to the study of Europe*, Manchester/New York 2001.
- Schneider, Heinrich (1998): Ein Wandel europapolitischer Grundverständnisse? Grundsatzüberlegungen, Erklärungsansätze und Konsequenzen für die Politische Bildungsarbeit, in: Jopp, Mathias/Maurer, Andreas/Schneider, Heinrich (Hrsg.): *Europapolitische Grundverständnisse im Wandel. Analysen und Konsequenzen für die politische Bildung*, Bonn, S. 19-148.
- Schoutheete, Philippe de (2003): Die Debatte des Konvents über den Europäischen Rat, in: *integration* 4/03, S. 468-482.
- Sidjanski, Dušan (2000): *The Federal Future of Europe: From the European Community to the European Union*, Ann Arbor.
- Stone Sweet, Alec (2003): *European Integration and the Legal System*, in: Börzel, Tanja/Cichowski, Rachel A. (Hrsg.): *The State of the European Union – Law, Politics, and Society*, Vol. 6, Oxford, S. 18-47.
- Stubb, Alexander (2002): *Negotiating Flexibility in the European Union. Amsterdam, Nice and Beyond*, New York.
- Thiel, Elke (2003): Die Wirtschaftsordnungspolitik im Europäischen Verfassungsentwurf, in: *integration* 4/03, S. 527-535.
- Thiemeyer, Guido (2004): Helmut Schmidt und die Gründung des Europäischen Währungssystems, in: Knipping, Franz/Schönwald, Matthias (Hrsg.): *Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969-1984*, Europäische und Internationale Studien 3, Trier, S. 245-268.
- Tömmel, Ingeborg (2004): Die EG in den Jahren 1970-84: Neue Politikmuster als Katalysator der Integration, in: Knipping, Franz/Schönwald, Matthias (Hrsg.): *Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969-1984*, Trier, S. 269-284.
- van der Harst, Jan (2003): The 1969 Hague Summit: a New Start for Europe?, in: *Journal of European Integration History* 2/2003/9, S. 5-10.
- Wagner, Björn (2004): Die Erweiterungspolitik der EU von Straßburg bis Athen: ein kommentierter Überblick über Daten, Dokumente und wissenschaftliche Literatur, in: Lippert, Barbara (Hrsg.): *Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung*, Berlin, S. 73-110.
- Weise, Christian (2004): *Agenda 2007 – Kosten und Finanzierung der erweiterten europäischen Union*, in: Lippert, Barbara (Hrsg.): *Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung*, Berlin, S. 177-196.
- Wessels, Wolfgang (2003): Konstitutionalisierung der EU: Variationen zu einem Leitbegriff - Überlegungen zu einer Forschungsagenda, in: Chardon, Matthias u.a. (Hrsg.): *Regieren unter neuen Herausforderungen: Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert. Festschrift für Rudolf Hrbek zum 65. Geburtstag*, Baden-Baden 2003, S. 23-45.
- Wessels, Wolfgang (2004): Die institutionelle Architektur nach der Europäischen Verfassung: Höhere Dynamik – neue Koalitionen?, in: *integration* 4/03, i.E.
- Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hrsg.) (2004): *Theories of European Integration: Past, Present and Future*, Oxford.
- Wiener, Antje/Diez, Thomas (2004b): *Introducing the Mosaic of Integration Theory*, in: Dies. (Hrsg.): *Theories of European Integration: Past, Present and Future*, Oxford, S. 1-24.